

Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Post. Anstalt, Dresden
und Sächsischer Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
Nach der Arbeit und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde von wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonpareillezeile
30 Pf., die 90 mm breite Reflektzeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgebühren
40 Pf. Rabatt. Für Briefbeantwortung 10 Pf.

Nr. 180

Dresden, Donnerstag den 5. August 1926

37. Jahrg.

Schwarzweißrote Wahlfront

Das Diktat der sächsischen Patentkreuzler

Die Verbände der sächsischen Patentkreuzler machen für die kommenden Landtags- und Gemeindevorwahlen mobil. Die sächsischen Abteilungen des Jungdeutschen Ordens, des Stahlhelms, des Bismarckbundes, des Bismarckbundes und der Reichslage (Abschnittsleitung Westfalen) forderten jüngst in einem von der Reichspresse gebrachten Aufruf von den bürgerlichen Parteien die Herbeiführung einer nationalen Einheitsfront. Jetzt wiederholen sie in denselben Mätern dieselbe Aufforderung, gepflegt mit Beschimpfungen und Verhöhnungen der Sozialdemokratie. Wir denken nicht daran, uns mit der alten abgedroschenen Feier von der „vaterlandsliebenden Sozialdemokratie“ auseinanderzusetzen. Unser Parteilager während des Krieges und nach dem Kriege von konfessionellen Männern öffentlich und privat so oft beschimpft worden, daß sie und die deutsche Arbeiterklasse für die Unabhängigkeit Deutschlands die größten Opfer auf sich genommen haben, daß wir uns darüber mit Patentkreuzlern nicht unterhalten. Die politische Unreife dieser Verbände und ihrer Helfer wird allein schon durch die eine Tatsache gebremst, daß sie jahrelang dem politischen Trottel Luben der 17 nachließen, der heute — siehe auch die Meldung weiter unten — von den schwarzweißroten Vaterländischen als Haupt Deutschlands an den Pranger gestellt wird.

Nein, was uns und was die Öffentlichkeit an den Aufstrebenden der „sächsischen Wahlfront“ — wie der Anzeiger so schön sagt — interessieren kann, sind die Forderungen, die sie an die bürgerlichen Parteien stellen. Sie wenden sich

an die nationalen Parteien mit dem Mahnruf, sich für die künftige politische Arbeit, in erster Linie für die am 31. Oktober 1926, 11. November 1926 stattfindenden Landtags- und Gemeindevorwahlen zu einer festen und für keinen Sonderfall bestimmten schwarzweißroten Einheitsfront zusammenzufinden.

Bürgerlichen Parteien dagegen, die „mit der Sozialdemokratie auch nur von Fall zu Fall zusammengehen“, wird härtester Strauß angelegt. Zum Schluß heißt es:

Wir Verbände würden bei einem Zustandekommen dieses Bündnisses in seiner Arbeit mit allen Mitteln unterstützen und fördern. Wir müssen allerdings die Sicherheit haben, daß der Bund auch nach der Wahl wirklich bestehen bleibt und in unserem Sinne arbeitet.

Wie wir uns diese Sicherheit denken, wäre Gegenstand von späteren Verhandlungen.

Wir unterzeichnen diese Erklärung, daß wir künftige politischen Parteien, die diese grundsätzlichen Forderungen ablehnen, Unterstützung und Wahlhilfe nicht mehr leisten werden.

Damit man auch gleich merkt, wer an dem Geschäft am härtesten interessiert ist, wird von der Deutschnationalen Volkspartei bereits eine zugegebene Antwort, belebt von den gleichen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie, veröffentlicht. Wer fehlt also noch? Das Zentrum ist immerhin durch sein republikanisches Bekenntnis und seine Beteiligung an Schwarz-Rot-Gold ebenso gebunden und gebunden wie die Demokraten. Wie für diesen realen Bund nur noch die Deutsche Volkspartei. Was in Preußen von den Herren Gehl und Jarres versucht wurde, die Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen, soll in Sachsen bereits für die Wahlen vergeblich werden. Das neue Kommando an diesen Bestrebungen ist aber immerhin, daß sie hier von den völkischen Verbänden ausgehen. Aus dem Lager der Feindmörder kommt an die politischen bürgerlichen Parteien der Befehl: Entweder ihr geht jetzt unter schwarzweißroten Fahnen zusammen oder wie erklären euch den Krieg! Ein Diktat also, und mancher kleine Mussolini wird sich auch in diesem Bewußtsein blähen.

Dieser Ruf der Patentkreuzler zur Sammlung klingt einfach, entspringt aber doch nur einer heillosen Konfusion. Man weiß ja, wie Stresemann von den Völkischen wegen seiner „pazifistischen Politik“ beschimpft und wie oft er von ihnen des Vaterlandsverrats bezichtigt wurde. Diese Geister wächten jetzt sozusagen die Einheit, die Verbindung von Deutschnationalen, Völkischen und Volkspartei sein! Wer kann da ernst bleiben? Es ist nicht ausgeschlossen, daß dies Gefährt zustande kommt, wenigstens für die Wahlen in Sachsen. Aber eine interessante Paarung wird es: Die Patentkreuzler für den Krieg gegen Frankreich, die Volkspartei mit ihrem paneuropäischen Flügel, der das Dames-Abkommen durchsetzte, die Deutschnationalen teils so, teils so, Manne halb und halb, ein bißchen für Locarno und ein bißchen für den Revanchekrieg. Ein heilloses Mißgeschick. Denn die Herrschaften dürfen sich nicht einbilden, daß die außenpolitischen Probleme außerhalb der Wahldebatte bleiben. Mit der Lösung der außenpolitischen Fragen hängt die Zukunft Deutschlands und aller seiner Teile so eng zusammen, daß sie in jeden Wahlkampf hineintragen.

Und nur sind wir gespannt, was die Volkspartei den Bestimmungsfreunden der Feindmörder antwortet, den Leuten, von denen die Außenpolitik der Volkspartei als Landesverrat beschimpft wird.

Die Schreckensurteile im Budapester Prozeß

Horthys Rache an politischen Gegnern

N. Budapest, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Gestern wurden in dem ungarischen Kommunistenprozeß folgende Urteile gefällt:

Der Hauptangeklagte Rakosi erhielt wegen verurteilten Umsturzes der gesellschaftlichen Ordnung 1 1/2 Jahre Zuchthaus, der Angeklagte Dery 4 Jahre Zuchthaus, Gógös 3 1/2 Jahre Zuchthaus, Frau Káthianna Gáman 2 Jahre 4 Monate Zuchthaus und Weinberger 8 Jahre Zuchthaus. Der Angeklagte Stephan Bagy wurde wegen Aufreizung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Strafen von 10 Monaten bis zu 12 Jahren Gefängnis.

Diesem ungeheuerlichen Urteil war eine dreiwöchige Verhandlung gegen 55 Angeklagte vorausgegangen. Die kommunistische Gesinnung — nicht einmal kommunistischer Handlungen — angeklagt waren. Das Näherliegende an diesen Prozeß, der von vornherein als Verbrechen straflos wollte und jetzt bestraft hat, war, daß die Angeklagten in ihrer Mehrzahl nicht einmal Kommunisten sind, sondern jede Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei und zur kommunistischen Internationale mit Entrüstung von sich weisen. Es sind linksstehende Sozialdemokraten, die aus der ungarischen Sozialdemokratischen Partei ausgetreten sind, weil sie ihre Politik nicht billigten und die eine eigene Partei bildeten — die „Ungarische sozialistische Arbeiterpartei“ — die nach ihrem Führer Stephan Bagy auch die Bagy-Partei genannt wird. Wie wenig diese Partei mit den Kommunisten zu tun hat, geht daraus hervor, daß sie sich um die Aufnahme in die Sozialistische Arbeiter-Internationale bewarb. Ihr Antrag wurde damals nur deshalb abgelehnt, weil diese Internationale nicht zwei Parteien in einem Lande anerkennt. Dafür aber hat der Internationale Sozialistenkongress in Hamburg die Exekutive beauftragt, den Versuch zu machen, die beiden Parteien zu einigen, und es haben auch im Januar 1925 solche Verhandlungen stattgefunden. Leider war der Hof während den beiden sozialdemokratischen Gruppen und ihren Anhängern so groß, daß die beschlossene Einigung in der Praxis scheiterte. Aber so sehr sich auch die Bagy-Partei in der Lage gegen die offizielle ungarische Sozialdemokratie

hingekündet hat, so lehnt sie doch jede Zusammengehörigkeit zur kommunistischen Partei nach wie vor ab.

Alle Beweise hierfür haben den Anklagereferenten in dem „Kommunistenprozeß“ nicht abgehalten, Bagy und viele seiner Parteifreunde, genau wie den ehemaligen kommunistischen Volkskommissar Rakosi, eines Verbrechens des Aufsturus zu beschuldigen. Dieser Hauptangeklagte Rakosi, der unter der roten Diktatur Volkskommissar war und nach dem Sturz des Regimes Bela Káthi in Rußland untertaucht war, kehrte im vorigen Jahr nach Budapest zurück, um dort die Káthi neu zu organisieren. Er wurde bald unter der Beschuldigung verhaftet, einen neuen gewalttätigen Versuch zur Errichtung der Diktatur zu planen, und ihm folgte kurze Zeit darauf eine ganze Reihe von angeblichen Mitschuldigen in das Gefängnis. Von Bagy wegen einer Verbindung mit Rakosi denunziert, mußte auch Bagy die Haft und später den jetzt vorläufig beendeten Prozeß über sich ergehen lassen.

Aus dem ganzen Verlauf der richterlichen Aktion und den dreiwöchigen Verhandlungen ergab sich nicht ein einziger Beweis dafür, daß eine verbrecherische Absicht gegen das Horthy-Regime auch nur von einem einzigen Angeklagten ernsthaft geplant war. Der den schärfsten Folterungen ist man nicht zurückgekehrt, um irgendwelche Geständnisse über staatsfeindliche Pläne zu erpressen. Aber alle erpressten Angaben wurden vor dem Gerichtshof einwandfrei widerrufen, und es blieb nach dem ganzen Verlauf der Verhandlung lediglich der Eindruck, daß ein großer Hochverratsprozeß nicht wegen irgendwelcher Tatbestände eingeleitet worden ist, sondern nur zu dem Zweck, unbehagliche politische Gegner auf Jahre hinaus unmöglich zu machen. Der Prozeß war nichts anderes als ein Tendenzprozeß, und ebenso mußte das Urteil ausfallen, das in der ganzen Welt nach den bisherigen juristischen Leistungen der Horthy-Regierung keinen Menschen mehr wundern dürfte, aber innerhalb der Arbeiterklasse allgemeine Entrüstung hervorgerufen hat. Ein Verbrechen ist nicht von denen begangen, die jetzt auf Jahre hinaus der Freiheit beraubt werden sollen, sondern Verbrechen sind diejenigen Verbrechen, die ohne ernsthafte Beweise ein derartiges Urteil veranlassen und jene Richter, die den Spruch der Freiheitsberaubung gefällt haben.

Schröders Geständnis

Die neueste Enthüllung in der Magdeburger Morbaffäre

D. Berlin, 5. August. (Eig. Drahtbericht.)

Aus Magdeburg meldet das Berliner Tageblatt, daß der Mörder des Buchhändlers Selling, Schröder, am Mittwochabend ein volles Geständnis abgelegt hat. Er soll bei seiner Vernehmung anfänglich sehr schüchtern und zurückhaltend gewesen sein, brach dann aber unter dem Druck des von den Berliner Kriminalkommissaren zusammengeführten Beweismaterials und des Geständnisses seiner Geliebten vollständig zusammen. Er gab — nach dem Tageblatt — auch zu, daß Rudolf Haas an der Tat in keiner Weise beteiligt ist, er habe seine falsche Angabe nur gemacht, weil er um seinen Kopf kämpfte.

Dieser Wendung — eine amtliche Bestätigung fehlt übrigens noch — ging eine stundenlange Vernehmung der „Frau“ des Schröder voraus. Sie hat den Schröder in einem Magdeburger Langlokal zu einer Zeit kennengelernt, als er sich noch als Student ausgab. Das war im Jahre 1923. Von dieser Zeit an lebten beide in einem intimen Verhältnis in Großkottbus. Er sei ihnen hier sehr schlecht gegangen, da Schröder eine dauernde Beschäftigung nicht finden konnte. Sie hätten sich kümmerlich durchgeschlagen und hauptsächlich von einer kleinen Rente gelebt, die Schröder bezog. Im Sommer 1925 sei Schröder wieder einmal in einer besonders schlechten Lage gewesen. Er habe Witte zum erstenmal einige Rente bekommen. Am frühen Nachmittag des 10. Juni, als die Höhe sich wieder einmal mit Schröder über die schlechte finanzielle Lage unterhielt, habe Schröder plötzlich gesagt: „Jetzt mache ich einfach Schluss. Heute nachmittag kommt jemand, mit dem muß etwas geschehen!“

Tatsächlich sei in den Nachmittagsstunden ein Mann mit einem Fahrrad erschienen. Schröder habe sie dann aufgefordert, ihn allein zu lassen, und als sie die Hintertür der Wohnung verlassen habe, seien plötzlich zwei Schüsse gefallen. Einige Zeit danach habe sie Schröder in das Haus zurückgeführt und gefragt, ob er etwas auffalle. Sie habe die Frage zunächst verneint, später aber erkläre, im Zimmer auf dem Teppich einen großen Blutpflock entdeckt zu haben, ebenso sei der Anzug des Schröder mit Blut bespritzt gewesen. Auch habe Schröder unmittelbar nach der Tat aus seiner Brusttasche mehrere größere Geldstücke hervorgeholt. Ueber die Höhe der Summe wußte die Götze nichts zu sagen. Sie will auch bei dem Begräbnis vor Reich im Keller nicht dabei gewesen sein.

Die Freunde des Schröder hat die Götze, nach ihren Angaben genau gekannt. Dagegen hat sie den Namen Haas erst gehört, als er als der vermeintliche Anklagte verhaftet worden war. Ein Rudolf Haas sei unter den bekanntesten Freunden des Schröder nie gewesen, auch sein Name sei niemals genannt worden.

Die Einrichtung des Wohnzimmers, einschließlich des Teppichs, hat Schröder nach und nach bei einem Trödler veräußert. Wie es heißt, ist es der Kriminalpolizei gelungen, auch diese Stücke wieder herbeizuschaffen. Auf dem Teppich soll der Blutpflock noch zu finden sein. Er wird voranschaulich mikroskopisch untersucht werden. Auch der chauffeurmäßig. Anzug des Schröder, den er am Tag des Mordes getragen hat, soll aufgefunden worden sein. Ebenfalls das Fahrrad Sellings. Als festgestellt gilt u. a., daß Schröder den Selling aus seiner Wohnung herausgelockt hat.

Die schwarzweißrote Schutzwache

D. Magdeburg, 5. August. (Eig. Drahtbericht.)

Die von einem Teil der Presse veröffentlichten und von der Reichspresse abgelehnten Gespräche Schröders mit einem Untersuchungsgefangenen sind inzwischen protokol- larisch festgelegt worden.

Der Untersuchungsgefangene Pruvols, der mit Schröder die Gespräche führte, hat seine bisherigen Angaben gleichzeitig eidllich erhärtet. Es handelt sich um Gespräche Schröders, daß es in seinem Falle um Schwarz-Rot und um Schwarz-Rot-Gold geht, und daß in Anbetracht dessen, daß der Untersuchungsrichter Kölling und der Kriminalkommissar Tenholz auf seiner Seite ständen, Schwarz-weißrot Sieger bleibe.

Späte Erkenntnis

Die Vaterländischen gegen Ludendorff

In der neuesten Nummer der Bayerischen Anstalt, einem Organ der vaterländischen Bayern, befindet sich in einem Artikel „Föderalismus und Unitarismus“ folgendes vernichtende Urteil über den einst so beliebten General Ludendorff:

„Politischer Eigenjam überdies hat in einer Linie einen Mann um jene vaterländische Gesinnung und Helden- legung gebracht, auf den die Besten und Treuesten in Bayern wie im Reich die größten Hoffnungen für den nationalen Wiederaufbau gesetzt hatten: Erich von Ludendorff. Wir haben zu den üblen Streichen, die dieser Mann seinem Vaterland und der deutschen Einheit gespielt hat, bisher geschwiegen — auf Scham. Es gibt für das Vorgehen und das Verhalten des Generals Ludendorff kaum eine Entschuldigung. Man muß an der geistigen Zurückgefallenheit des besagten Mannes zweifeln. Er ist in empfindlicher

Der junge Arbeiter